

## Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rates der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal des Rathauses Wadersloh am 13.07.2010

Beginn: 17:30 Uhr  
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Thegelkamp, Christian

Mitglieder:

RM Borghoff, Paul

RM Bösl, Ulrich

RM Braun, Stefan

RM Brune, Walter

RM Driftmeier, Josef

RM Eilhard-Adams, Maria

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Grothues, Klaus

RM Heitvogt, Josef

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Jungilligens, Alfred

RM Künneke, Magnus

RM Luster-Haggeney, Rudolf

RM Marx, Bernd-Dieter

RM Moltran, Heike

RM Müller, Frank

bis 19:38 Uhr (P. 20 teilw.)

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Rühl, Jürgen

RM Sadlau, Verena

RM Schlieper, Konrad

RM Scholz, Gerhard

RM Smyczek, Jan

RM Spiegel, Ruth

RM Stallein, Friedrich

RM Steinhoff, Franz

RM Teckentrup, Heino

RM Weber, Erwin  
RM Weinekötter, Wilhelm-Josef  
RM Werner, Helmut  
RM Winkelhorst, Rudolf

b) von der Verwaltung:

Herr Morfeld, Norbert  
Herr Ahlke, Elmar  
Frau Haske, Ute  
Herr Hoffmeister, Helmut

bis 19:12 Uhr (P. 17)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
- 3.1. Antrag der CDU-Fraktion  
auf Korrektur der Niederschrift der 5. Sitzung des Rates zu P. 8
4. Kurzbericht der Verwaltung
5. Schulentwicklung im Primarbereich (Grundschulen)  
und dauerhafte Sicherstellung aller Schulstandorte in allen Ortsteilen SKA 04/10, P. 5  
HA 06/10, P. 4
6. Einführung eines Ganztagesbetriebes  
an der Haupt- und an der Realschule SKA 04/10, P. 6  
HA 06/10, P. 5
7. Gemeinsame Resolution der "U15-Kommunen"  
in NRW zur Sicherung der Sekundarstufe I SKA 04/10, P. 7  
HA 06/10, P. 6
8. Förderung der "Tagesbetreuung für Senioren"  
im Hause Wenkerstraße 2, 59329 Wadersloh FSA 03/10, P. 6  
HA 06/10, P. 8
9. Aufstellung der Außenbereichssatzung "Kleyweg"  
gemäß § 35 (6) BauGB (RAT 4, P. 21) BPA 05/10, P. 10  
HA 06/10, P. 11
- 9.1. Entscheidung über eingegangene Anregungen und Bedenken  
im Rahmen der Beteiligung gemäß §§ 4 (2) und 3 (2) BauGB BPA 05/10, P. 10.1  
HA 06/10, P. 11.1
- 9.1.1. LWL Archäologie für Westfalen BPA 05/10, P. 10.1.1  
HA 06/10, P. 11.1.1
- 9.1.2. RWE-Com BPA 05/10, P. 10.1.2  
HA 06/10, P. 11.1.2
- 9.1.3. Kreis Warendorf BPA 05/10, P. 10.1.3  
HA 06/10, P. 11.1.3
- 9.1.4. Landwirtschaftskammer Westfalen BPA 05/10, P. 10.1.4  
HA 06/10, P. 11.1.5
- 9.1.5. Bezirksregierung Arnsberg BPA 05/10, P. 10.1.5  
HA 06/10, P. 11.1.4
- 9.1.6. Wasserversorgung Beckum BPA 05/10, P. 10.1.6  
HA 06/10, P. 11.1.6
- 9.1.7. Dieter Mense BPA 05/10, P. 10.1.7  
HA 06/10, P. 11.1.7
- 9.1.8. Hubert Schembecker BPA 05/10, P. 10.1.8  
HA 06/10, P. 11.1.8
- 9.1.9. Gabriele Wirxel BPA 05/10, P. 10.1.9  
HA 06/10, P. 11.1.9
- 9.2. Satzungsbeschluss BPA 05/10, P. 10.2  
HA 06/10, P. 11.2
10. Errichtung eines Betriebes gewerblicher Art HA 06/10, P. 12
11. Antrag des Vereins "Wadersloh Ferienspaß e. V."  
auf Gewährung eines Zuschusses zum 25-jährigen Vereinsjubiläum HA 06/10, P. 14
12. Antrag der CDU-Fraktion auf Sanierung der Landstraße L 586 von  
der Kreuzung Glennestraße bis zur Geiststraße / Münsterstraße

13. Antrag der FWG-Fraktion  
auf Erstellung eines Sportstättenbedarfs- und -sanierungsplans
14. Jahresabschluss 2009
15. Anfragen der Ratsmitglieder
- 15.1. Erneuerung Recyclinghof
16. Berichte der Ausschüsse
- 16.1. Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft Nr. 3 am 05.05.2010
- 16.2. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 4 am 19.05.2010
- 16.3. Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales Nr. 3 am 26.05.2010
- 16.4. Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 5 am 31.05.2010
- 16.5. Hauptausschuss Nr. 6 am 23.06.2010
17. Verschiedenes
- 17.1. Gesellschafterversammlung der WLE
- 17.2. Zusätzliche Ratssitzung am 30.08.2010  
zum Thema "Kernbereichsmanagement"
- 17.3. Kühlgeräte-Container am Recyclinghof
- 17.4. Anlagen zur Niederschrift des HA Nr. 6 am 23.06.2010
- 17.5. Finanzzwischenbericht
- 17.6. Jahresabschluss 2009

## I. Öffentlicher Teil

### **1 Begrüßung**

---

Zur Sitzung des Rates war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Bürgermeister Thegelkamp begrüßte die vorstehend Genannten, die erschienenen Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

BM Thegelkamp gratulierte im Namen des Rates und der Verwaltung den nachfolgend genannten Ratsmitgliedern nachträglich zu deren Geburtstagen, die diese in den Monaten Mai und Juni des Jahres 2010 feiern konnten.

Albert Josef Fleiter  
Magnus Künneke  
Heike Moltran

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung wies BM Thegelkamp darauf hin, dass der Punkt 11 der Tagesordnung „Antrag des Vereins „Wadersloh Ferienspaß e. V.“ auf Gewährung eines Zuschusses zum 25-jährigen Vereinsjubiläum“ aufgrund eines technischen Fehlers im Sitzungsprogramm versehentlich als Beratungspunkt aufgenommen worden sei. Über diesen Punkt hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.06.2010 abschließend bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Er bat darum, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung wieder abzusetzen.

#### **Beschluss:**

Der Punkt 11 „Antrag des Vereins „Wadersloh Ferienspaß e. V.“ auf Gewährung eines Zuschusses zum 25-jährigen Vereinsjubiläum“ wird von der Tagesordnung abgesetzt, da hierüber bereits in der 6. Sitzung des HA am 23.06.2010 abschließend entschieden wurde.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

### **2 Einwohnerfragestunde**

---

Fragen wurden nicht gestellt.

### **3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung**

---

#### **3.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Korrektur der Niederschrift der 5. Sitzung des Rates zu P. 8**

---

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 08.06.2010 einen Antrag auf Korrektur der Niederschrift zu Punkt 8 der letzten Sitzung („Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2010“) gestellt. Der Antrag war der Einladung als Anlage beigefügt.

RM Bösl teilte mit, dass inzwischen eine weitere inhaltliche Diskussion in dieser Angelegenheit entbehrlich sei, da BM Thegelkamp inzwischen zugesagt habe, wie gewünscht über die Ergebnisse der auf Kreisebene bestehenden Arbeitsgruppe zeitnah bis zum Herbst 2010 zu berichten.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

#### **4 Kurzbericht der Verwaltung**

---

Der nachstehend aufgeführte Kurzbericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Kurzbericht  
der Verwaltung zur Ratssitzung am 13.07.2010

##### **1. Beamtenstellen**

In der Hauptausschusssitzung am 23.02.2010 (P. 20.2) wurde nach der maximal notwendigen Anzahl an Beamtenstellen in der Gemeinde Wadersloh gefragt. Nach Auskunft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen gibt es keine Rechtsvorschrift, wonach eine Kommunalverwaltung eine bestimmte, nach der Einwohnerzahl bemessene Zahl an Beamten zur Verfügung stellen muss. Den Kommunen obliegt nach Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes ein Selbstverwaltungsrecht. Hieraus wird die Organisationshoheit abgeleitet, die den Kommunen ermöglicht, selbst zu entscheiden, mit welchem Personal sie ihre Aufgaben bewältigt.

Nach Art. 33 Abs. 4 GG werden hoheitsrechtliche Befugnisse in der Regel als ständige Aufgabe Angehörigen des öffentlichen Dienstes übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. In einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen die Beamten.

Aufgrund ausdrücklicher rechtlicher Vorgaben müssen zumindest der Bürgermeister und falls vorhanden, Wahlbeamte in einem Beamtenverhältnis stehen (§ 119 Abs. 2 Satz 1 LBG). Sofern es keinen Beigeordneten gibt, darf grundsätzlich nur ein anderer Beamter zum allgemeinen Vertreter bestellt werden.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass es in Wadersloh neben dem Bürgermeister und dem Allgemeinen Vertreter weitere Beamte in der Eingriffsverwaltung geben sollte, wobei die Anzahl gesetzlich nicht festgelegt ist.

##### **2. Telekommunikationsstellen in Wadersloh**

Die Deutsche Telekom hat mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, die öffentlichen Telekommunikationsstellen in Wadersloh, Kirchplatz 1 und in Diestedde, Lange Straße 57 (Volksbank) abzubauen, da sie wirtschaftlich nicht zu betreiben sind.

## **5 Schulentwicklung im Primarbereich (Grundschulen) und dauerhafte Sicherstellung aller Schulstandorte in allen Ortsteilen**

---

Mit Hinweis auf die Beratungen im letzten HA erinnerte BM Thegelkamp an das Schreiben des Lehrerkollegiums der Grundschule Diestedde, in dem sich dieses für die zügige Gründung eines Grundschulverbundes ausspricht. Des Weiteren berichtete er, dass er wunschgemäß mit Schreiben vom 28.06.2010 den Regierungspräsidenten gebeten habe, die Wiederbesetzung der beiden frei werdenden Schulleiterstellen in Liesborn und Diestedde möglichst zeitnah auf den Weg zu bringen.

RM B. Marx erklärte für seine Fraktion, dass er in der Entscheidung des Hauptausschusses eine falsche Weichenstellung sehe. Das prioritäre Ziel einer dauerhaften Erhaltung der Grundschulen in Liesborn und Diestedde könne nur durch einen Grundschulverbund erreicht werden, was auch die demografische Entwicklung und der Schulentwicklungsplan belegen würden. Die Ausschreibung zur Wiederbesetzung der Schulleiterstellen habe lediglich eine Alibifunktion und jetzt sollte vielmehr schnell gehandelt werden. Er stellte den Antrag, den Beschlussvorschlag des HA aufzuheben. Eine Wiederbesetzung der Schulleiterstellen solle nicht angestrebt und die Verwaltung beauftragt werden, die Realisierung des Grundschulverbundes schnellstmöglich umzusetzen.

Dem hielt RM Bösl für seine Fraktion entgegen, dass der Bestand der Grundschulen aktuell nicht gefährdet sei und die weitere Entwicklung zunächst abgewartet werden könne. Zudem handle es sich bei der Wiederbesetzung der beiden Schulleiterstellen um eine innerschulische Angelegenheit. Nach seiner Einschätzung hätte die Ausschreibung bereits frühzeitiger erfolgen können, da die Schulleiter planmäßig in den Ruhestand gingen. Mit Hinweis auf das Schreiben des Lehrerkollegiums Diestedde erklärte er, dass der Rat die Bürgerschaft vertrete und nicht die Interessen der Lehrerschaft.

RM Weinekötter machte für die FDP-Fraktion deutlich, dass die Gemeinde jetzt die notwendigen Vorbereitungen für einen Grundschulverbund treffen sollte. Herr Ahlke teilte auf Nachfrage mit, dass die beiden Konrektorenstellen in Liesborn und Diestedde derzeit nicht besetzt seien.

RM Hollenhorst hielt im Namen ihrer Fraktion eine Wiederbesetzung der Schulleiterstellen für aussichtslos, da diese Stellen in Liesborn und Wadersloh für mögliche Bewerber erfahrungsgemäß nicht attraktiv genug seien. Mit der jetzigen Ausschreibung gehe vielmehr lediglich Zeit verloren.

Dem widersprach RM Luster-Haggenev, der darauf hinwies, dass im nächsten Jahr noch ausreichend Zeit verbleiben würde, um den Grundschulverbund auf den Weg zu bringen, sofern das gewünscht sei.

RM A. J. Fleiter wies darauf hin, dass der Regierungspräsident bei seinem Besuch in Wadersloh die Bildung eines Grundschulverbundes in Wadersloh für sinnvoll und zukunftsweisend erachtet habe.

Nach Ende der Diskussion ließ BM Thegelkamp zunächst über den Antrag von RM B. Marx abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag des HA vom 23.06.2010 wird aufgehoben. Eine Wiederbesetzung der Schulleiterstellen der Grundschulen Liesborn und Diestedde wird nicht verfolgt. Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die Bildung eines Grundschulverbundes auf den Weg zu bringen.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 16:17:00 (J:N:E)  
Stimmen.

Danach ließ BM Thegelkamp über den Beschlussvorschlag des HA abstimmen.

**Beschluss:**

Die Wiederbesetzung der beiden Schulleiterstellen an den Grundschulen Diestedde und Liesborn soll primär angestrebt werden. Kann eine Wiederbesetzung der vakanten Schulleiterstellen bis zum 31.12.10 nicht erfolgen, so wird die Gründung eines Grundschulverbundes Wadersloh mit den Teilstandorten Wadersloh, Liesborn und Diestedde angestrebt.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 18:15:00 (J:N:E) Stimmen.

**6 Einführung eines Ganztagesbetriebes  
an der Haupt- und an der Realschule**

---

RM B. Marx betonte im Namen der SPD-Fraktion, dass er keine Notwendigkeit zur Eile für eine endgültige Entscheidung sehe. Mit Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung erläuterte er, dass u. a. ein weiterer Ausbau der Ganztagschulen mit flexiblen Modellen angekündigt wurde, so dass ggf. zukünftig auch eine Förderung von nicht gebundenen Ganztagschulen möglich sei. Deshalb plädierte er dafür, die endgültige Entscheidung für Wadersloh zurückzustellen. Zu den Ergebnissen der Elternbefragung merkte er an, dass auch berücksichtigt werden müsse, dass die Ergebnisse nicht mit einem Bürgerentscheid vergleichbar seien. Er stellte den Antrag, den endgültigen Beschluss zunächst zurückzustellen und die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit der Bezirksregierung die geplanten Änderungen in der Schulpolitik zu prüfen und den politischen Gremien dann erneut zu berichten.

RM Bösl machte deutlich, dass der Elternwille respektiert werden sollte. Dieses hätte auch die neue Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck gebracht, nach der die Rechte der Eltern in der Schulpolitik gestärkt werden sollen. Er äußerte die Befürchtung, dass das Misstrauen gegenüber der Politik weiter steige, wenn der Elternwille nicht ernst genommen werde. Er betonte, dass auch er die Möglichkeit der Förderung von flexiblen Ganztagsmodellen begrüße. Sollte das tatsächlich umgesetzt werden, sei die Gemeinde jederzeit in der Lage, auf veränderte Rahmenbedingungen angemessen und zeitnah zu reagieren.

RM Weinekötter sprach sich dafür aus, die endgültige Entscheidung zurückzustellen und die zukünftigen Entwicklungen in der Landespolitik abzuwarten.

RM Hollenhorst betonte ebenfalls, dass zunächst die weitere Entwicklung in der Schulpolitik beobachtet und abgewartet werden sollte. Bei neuen Erkenntnissen könne dann zukünftig erneut über dieses wichtige Thema beraten werden.

RM Luster-Haggeney machte deutlich, dass der Elternwille respektiert und von der Politik als Vertreter der Bürger ernst genommen werden müsse. Dieser Auffassung schloss sich auch RM Jungilligens an.

RM Braun wies auf die guten aktuellen Ergebnisse der Abschlussklassen an der Haupt- und Realschule hin, was ein Indiz für ein gut funktionierendes Schulsystem sei, das zunächst beibehalten werden sollte.

RM Müller wies eindringlich darauf hin, dass bei Entscheidungen des Rates die vorherigen ausführlichen Beratungen und erarbeiteten Beschlussvorschläge in den einzelnen Fachausschüssen ernster als bisher genommen werden sollten, um einer generellen Politikverdrossenheit vorzubeugen.



Nach Ende der Diskussion ließ BM Thegelkamp zunächst über den Antrag von RM B. Marx abstimmen.

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag des HA vom 23.06.2010 wird aufgehoben. Die Entscheidung über die Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Haupt- und Realschule zum vorgesehenen Zeitpunkt wird zunächst zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Bezirksregierung die geplanten Änderungen in der Schulpolitik zu prüfen und den politischen Gremien dann erneut zu berichten.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich abgelehnt mit einem Verhältnis von 04:26:03 (J:N:E) Stimmen.

Danach ließ BM Thegelkamp über den Beschlussvorschlag des HA abstimmen.

**Beschluss:**

Die Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Hauptschule und an der Realschule zum vorgesehenen Zeitpunkt wird abgelehnt. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, die bestehenden Formen der Übermittagbetreuung zu optimieren.

**Abstimmergebnis:** mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 27:03:03 (J:N:E) Stimmen.

**7            Gemeinsame Resolution der "U15-Kommunen" in NRW  
zur Sicherung der Sekundarstufe I**

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Dem Bürgermeister der Gemeinde Wadersloh wird die Zustimmung erteilt, die gemeinsame Resolution der „U15-Kommunen“ zur Sicherung der Sekundarstufe I in NRW durch Beteiligung im Namen der Gemeinde Wadersloh zu unterstützen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**8            Förderung der "Tagesbetreuung für Senioren"  
im Hause Wenkerstraße 2, 59329 Wadersloh**

---

BM Thegelkamp wies einleitend auf die letzte Sitzung des FSA am 07.07.2010 hin, in der die C.E.M.M. den Ausschussmitgliedern das Projekt „Tagesbetreuung für Senioren“ vor Ort vorgestellt hatte. Inzwischen habe die C.E.M.M. ihren gestellten Antrag auf Förderung bei der Wohlfahrtspflege des Landes NRW zurückgezogen, so dass die Punkte 3. und 4. des Beschlussvorschlages des Hauptausschusses jetzt hinfällig geworden seien.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat folgenden

**Beschluss:**

1. Die Gemeinde begrüßt das Projekt der C.E.M.M. „Qualitätsinitiative Gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit“ und beteiligt sich an diesem zukunftsweisenden Gemeinschaftsprojekt.
2. Die Gemeinde gewährt der C.E.M.M. Beckum GmbH für ihr Projekt in Wadersloh einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 5.000 €, der im Jahr 2011 im Haushaltsplan der Gemeinde etabliert wird.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**9 Aufstellung der Außenbereichssatzung "Kleyweg"  
gemäß § 35 (6) BauGB (RAT 4, P. 21)**

---

**9.1 Entscheidung über eingegangene Anregungen und Bedenken  
im Rahmen der Beteiligung gemäß §§ 4 (2) und 3 (2) BauGB**

---

Auf Vorschlag von BM Thegelkamp erhob der Rat keine Einwände dagegen, über die Einzelpunkte 9.1.1 bis 9.1.9 nicht getrennt, sondern insgesamt („en bloc“) abzustimmen.

**Beschluss:**

Über die Einzelpunkte 9.1.1 bis 9.1.9 wird „en bloc“ abgestimmt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**9.1.1 LWL Archäologie für Westfalen**

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Hinweis zur Beachtung der Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes NRW wird zur Kenntnis genommen und beachtet.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

**9.1.2 RWE-Com**

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und bei möglichen Baumaßnahmen entsprechend berücksichtigt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.3 Kreis Warendorf

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Anregung wird gefolgt, die entsprechende Formulierung wird aus dem Satzungstext gestrichen. Es besteht grundsätzlich der Schutzanspruch, der im Außenbereich für Wohnnutzung gilt, die Situation bleibt insoweit durch die Satzung unverändert. Die zu streichende Formulierung sollte lediglich deklaratorisch zu verstehen sein. Insoweit ist festzustellen, dass in der obergerichtlichen Rechtsprechung anerkannt ist, dass nicht privilegierte Wohnnutzungen im Außenbereich hinsichtlich von Lärmimmissionen regelmäßig einen Schutzanspruch entsprechend eines Misch-, Kern- oder Dorfgebietes haben. Dies gilt auch für den Bereich der Geruchsmissionen, in dem normativ festgesetzte Immissionsgrenz- oder -richtwerte nicht existieren. Die Frage der Zumutbarkeit von zu erwartenden Geruchsmissionen ist in diesem Bereich daher stets unter Würdigung aller Umstände des Einzelfalls zu beantworten. Dabei kann die Geruchsmissions-Richtlinie (GIRL) einen Anhaltspunkt (unter mehreren) bieten, darf aber nicht rechtssatzmäßig angewandt werden. Einen ersten Anhalt kann dabei die zulässige Belastung in einem Dorfgebiet geben. Dies sollte durch die entsprechende Formulierung lediglich in deklaratorischer Weise klargestellt werden. Ein verbindliches Festsetzen eines immissionsschutzrechtlichen Schutzanspruchs sollte hierdurch nicht erfolgen; dies wäre rechtlich auch gar nicht möglich. Einschränkungen für landwirtschaftliche Tätigkeiten entstehen durch die Satzung nicht.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.4 Landwirtschaftskammer Westfalen

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Anregung wird insofern Rechnung getragen, als der Schutzanspruch Dorfgebiet im Satzungstext gestrichen wird. Es verbleibt beim allgemeinen Schutzanspruch für Wohnnutzung im Außenbereich. Einschränkungen für landwirtschaftliche Tätigkeiten entstehen nicht (vgl. diesbezügliche Abwägung der Stellungnahme des Kreises Warendorf).<sup>1</sup>

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.5 Bezirksregierung Arnsberg

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und zu gegebener Zeit befolgt.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.6 Wasserversorgung Beckum

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Baugenehmigung beachtet.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.7 Dieter Mense

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und entsprechend korrigiert. Auswirkungen ergeben sich daraus nicht (vgl. diesbezügliche Abwägung der Stellungnahme des Kreises Warendorf).

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.8 Hubert Schembecker

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Durch die Aufstellung der Satzung sind keine immissionsschutzrechtlichen Beschränkungen landwirtschaftlicher Tätigkeiten zu erwarten. Der immissionsschutzrechtliche Schutzanspruch der Eigentümer im Satzungsgebiet bleibt unverändert (vgl. diesbezügliche Abwägung der Stellungnahme des Kreises Warendorf). Einschränkungen entstehen für den Betrieb nicht.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

### 9.1.9 Gabriele Wirxel

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Das Ziel der Erhaltung der ländlichen Kulturlandschaft wird durch die Außenbereichssatzung auch damit unterstützt, dass Bausubstanz nicht verfällt, sondern der Nachnutzung zugänglich gemacht wird. Hinsichtlich der uneingeschränkten Weiterbewirtschaftung des landwirtschaftlichen Betriebes Kleyweg 15 wird auf die Abwägung zur Einwendung Schembecker, sowie zu der des Kreises Warendorf verwiesen. Der immissionsschutzrechtliche Schutzanspruch der Eigentümer im Satzungsgebiet bleibt unverändert.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

## 9.2 Satzungsbeschluss

---

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

**Beschluss:**

Die Außenbereichssatzung „Kleyweg“ der Gemeinde Wadersloh wird hiermit gemäß § 35 (6) in Verbindung mit §§ 2 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des ErbStRG vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018 ff.) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) – jeweils in den zurzeit gültigen Fassungen – als Satzung beschlossen, nachdem der Entwurf der Satzung in der Zeit vom 06.04.2010 bis 06.05.2010 einschließlich gemäß § 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB öffentlich ausgelegen hat. Gleichzeitig wird die Begründung beschlossen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

## 10 Errichtung eines Betriebes gewerblicher Art

---

Einleitend sprach BM Thegelkamp der Verwaltung, insbesondere Frau Haske, seinen Dank aus für die sehr gute Vorbereitung und Umsetzung der Maßnahme.

Auf Nachfrage von RM Hollenhorst erläuterte BM Thegelkamp, dass seitens der Verwaltung auch zukünftig immer wieder neue Maßnahmen geprüft würden, um bei gleich bleibenden Qualitätsstandards nach Möglichkeiten zur Kosteneinsparung für die Gemeinde zu suchen.

Auf Nachfrage von RM Jungilligens teilte Herr Morfeld mit, dass jeder zukünftig eventuell neu gebildete „Betrieb gewerblicher Art“ im Haushaltsplan in einem separaten Produkt dargestellt werde.

**Beschluss:**

Zum 01.01.2010 wird der Betrieb gewerblicher Art „BgA Verpflegung“ im Sinne vom § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG i.V. mit § 4 KStG errichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen bzw. Änderungen vorzubereiten.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## 11 Antrag des Vereins "Wadersloh Ferienspaß e. V." auf Gewährung eines Zuschusses zum 25-jährigen Vereinsjubiläum

---

Dieser Tagesordnungspunkt ist durch Beschluss unter TOP 1 der heutigen Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**12 Antrag der CDU-Fraktion  
auf Sanierung der Landstraße L 586 von der Kreuzung  
Glennestraße bis zur Geiststraße / Münsterstraße**

---

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 08.06.2010 folgenden Antrag gestellt:

„Der Rat der Gemeinde Wadersloh fordert den Landesstraßenbauträger - Straßen NRW - auf, die Landstraße 586 ab Kreuzung Glennestraße bis Bereich Geiststraße / Münsterstraße zu sanieren.“  
Der Antrag war der Einladung als Anlage beigefügt.

BM Thegelkamp begrüßte den vorliegenden Antrag, da die Landstraße dringend erneuerungsbedürftig sei, er schätzte die Erfolgsaussichten für eine kurzfristige Sanierung nach den bisherigen Gesprächen jedoch als gering ein. Es würden jedoch seitens der Verwaltung weiterhin Verhandlungen mit dem Landesbetrieb gesucht, um eine bestmögliche Lösung erreichen zu können.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW Regionalniederlassung Münsterland über eine kurzfristige Sanierung der Landstraße zu sprechen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

**13 Antrag der FWG-Fraktion  
auf Erstellung eines Sportstättenbedarfs- und -sanierungsplans**

---

Mit Schreiben vom 29.06.2010, das der Einladung als Anlage beigefügt war, beantragt die FWG-Fraktion die Erstellung eines Sportstättenbedarfs- und -sanierungsplans. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag zur weiteren fachlichen Beratung in die zuständigen Ausschüsse SKA (Sportstättenbedarfsplan) und BPA (Sportstättenanierungsplan) zu verweisen.

RM Sadlau erläuterte für die FWG-Fraktion den vorliegenden Antrag. Vor dem Hintergrund der bewilligten Investitionen für den Kunstrasenplatz in Liesborn sollte jetzt ein Sportstättenbedarfs- und -sanierungsplan für alle gemeindlichen Sportanlagen erstellt werden. Damit könne ein Überblick über alle existierenden Sportarten und -vereine gewonnen werden, um auf diesem Wege allen Sportvereinen Perspektiven für die Verbesserung bzw. Erneuerung der von ihnen genutzten Sportanlagen bieten zu können. Hierbei wies sie auch auf frühere Anträge von Sportvereinen hin (z. B. auf Errichtung einer Tartanbahn für die Leichtathletik), die seinerzeit aufgrund der hohen Kosten abgelehnt worden seien.

RM Bösl, der den Antrag für begrüßenswert hielt, regte ergänzend an, den vor Jahren von Externen erstellten Sportstättenbedarfsplan als Grundlage mit zu nutzen. Zudem sollten sich die Überlegungen nicht nur auf die drei großen Sportvereine, sondern auf alle Sport treibenden Vereine beziehen.

RM Sadlau merkte zum Sportstättenbedarfsplan an, dass dieser veraltet sei und sich ihres Wissens nach nur auf Sporthallen beziehe.

RM Nienaber hielt es für sinnvoll, auch die derzeitigen Pflege- und Unterhaltungskosten für Sportanlagen mit zu berücksichtigen.

RM Luster-Haggenev teilte zur Klarstellung mit, dass der angesprochene frühere Antrag zur Errichtung einer Tartanbahn nicht von einem Verein, sondern von Schulen gestellt worden sei.

**Beschluss:**

Der Antrag der FWG-Fraktion auf Erstellung eines Sportstättenbedarfs- und -sanierungsplans vom 29.06.2010 wird in die entsprechenden Fachausschüsse SKA und BPA verwiesen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## **14 Jahresabschluss 2009**

---

Gemäß § 96 Abs. 3 der Gemeindeordnung wurde der Jahresabschluss für das Jahr 2009 am 21.06.2010 vom Kämmerer aufgestellt und am gleichen Tag vom Bürgermeister festgestellt.

Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beigelegt.

Zur Einbringung des Jahresabschlusses 2009 richtete der Bürgermeister einleitend einige Worte an die Anwesenden, die im Folgenden aufgeführt sind.

*„Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Gäste dieser Ratssitzung,  
interessierte Medienvertreter!*

*Heute bringe ich den Jahresabschluss 2009 ein. Ich selber hatte, nach meinem Amtsantritt am 21.10.2009, nur kurz die Gelegenheit, an der Ausführung des Haushaltes des vergangenen Jahres mitzuwirken.*

*Durch sparsames und wirtschaftliches Handeln, konnte 2009 trotz schlechter konjunktureller Lage das geplante Ergebnis mit einer knappen Punktlandung erzielt werden. Das erwartete Jahresergebnis von -1.143 T€ wich von der endgültigen Jahresrechnung in Höhe von -1.156 Mio. € nur um 13 T€ ab.*

*Leider konnte das prognostizierte Jahresergebnis im Laufe des Jahres 2009 nicht verbessert werden. Maßgeblich hierfür verantwortlich waren geringere Erträge aus*

- dem Anteil an der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer*
- und höherer Aufwand bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung*

*mit zusammen knapp 1 Mio. €.*

*Obwohl die Erträge aus Gewerbesteuern und dem Einkommensteueranteil schlechter ausfielen als geplant, konnten Aufwandsreduzierungen an vielen Stellen diese Ausfälle von knapp 700 T€ jedoch fast vollständig kompensieren.*

*Das Ergebnis des Jahres 2009 zehrt die leicht positiven Ergebnisse der Jahre 2006 – 2008 leider vollständig auf. Auch für die Jahre 2010 bis 2012 sind weitere negative Ergebnisse prognostiziert. Erst ab 2013 erwarten wir wieder ein ausgeglichenes Ergebnis.*

*Positiv ist, dass wie bereits im letzten Jahr, die Investitionen des Jahres die Abschreibungen decken konnten. Somit konnte die Summe des Anlagevermögens konstant gehalten werden.*

*Wie erwartet, reichte die vorhandene Liquidität nicht aus, um alle notwendigen Zahlungen tätigen zu können. Das durch unvermeidliche investive Darlehen in Höhe von 1 Mio. € wäre vor diesem Hintergrund eigentlich noch deutlich früher, als im Dezember des vergangenen Jahres aufzunehmen gewesen. Im Rahmen eines Liquiditätsmanagements werden die vorhandenen Mittel stets wirtschaftlich verwaltet. Im Jahr 2009 konnte daher auch bei den Zinsaufwendungen für Kredite eingespart werden.*

*Einzelheiten erläutert Ihnen jetzt Herr Morfeld, der die Zahlen mit Hilfe einer optischen Präsentation näher darstellt.“*

Abschließend berichtete Herr Morfeld über die wichtigsten Ergebnisse und Veränderungen des Jahresabschlusses gegenüber dem Entwurf.

Den Ratsmitgliedern wurde in der Sitzung jeweils ein gedrucktes Exemplar des Jahresabschlusses ausgehändigt.

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss 2009 wird zur Kenntnis genommen. Er wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung nach der Gemeindeordnung überwiesen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

Die Folien der Powerpoint-Präsentation des Herrn Morfeld sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

## **15      Anfragen der Ratsmitglieder**

---

RM Bösl wies darauf hin, dass er am 08.06.2010 eine schriftliche Anfrage zum Thema „Erneuerung Recyclinghof“ an die Verwaltung gerichtet habe. BM Thegelkamp bat um Entschuldigung, dass ihm diese Unterlagen aktuell in der Sitzung nicht vorlagen. RM Bösl erklärte, dass eine entsprechende Antwort über die Niederschrift ausreichend sei.

### **15.1      Erneuerung Recyclinghof**

---

Zum dem Thema „Erneuerung Recyclinghof“ verlas RM Bösl seine schriftlich gestellte Anfrage vom 08.06.2010 mit folgenden Fragen:

1. Wie belastet der derzeitige Recyclinghof die Müllgebühren?
2. Wie belastet ein Neubau die Müllgebühren?
3. Wie wird eine durchschnittliche 4-Personen-Familie derzeit mit Kosten für den Recyclinghof belastet und evtl. durch einen Neubau künftig belastet?
4. Gibt es Beschwerden über den bestehenden Recyclinghof und wenn Ja welche und wie viele?
5. Wie lange läuft der Vertrag mit dem Betreiber des Recyclinghofes und wie könnte er ohne Schaden für den Gebührenzahler gelöst werden?

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen. Die einzelnen Fragen von RM Bösl werden über die Niederschrift beantwortet.



Anmerkung der Verwaltung bei Erstellung der Niederschrift:

Die Anfrage von RM Bösl vom 08.06.2010 wird wie folgt beantwortet:

- zu Frage 1: In der Vergangenheit wurden die Kosten des Recyclinghofes bei der Kalkulation der „Abfallgebühren“ berücksichtigt. Grund: Es wurde in dem letzten Vertrag eine Mischkalkulation vereinbart, so dass der Posten Recyclinghof nicht einzeln gerechnet werden konnte. Die Kosten Recyclinghof sind in die Abfallgebühren eingeflossen. Es ist aber davon auszugehen, dass es sich um Entsorgungskosten in einer Größenordnung um rund 70.000,00 € handelt. Hinzu kommen Betriebskosten in Höhe von 16.400,00 € und Abfuhrkosten von REMONDIS in Höhe von ca. 35.000,00 €.
- zu Frage 2: Ein Neubau verursacht auf Basis seiner Gesamtnutzungsdauer jährlich Kosten für Investitionen, Betrieb und Entsorgung, wie bisher ja auch schon. Bisher flossen die Kosten in die Kalkulation für die Abfallgebühren ein.
- zu Frage 3: Derzeit werden alle mit dem Recyclinghof anfallenden Kosten den Müllgebühren zugeschlagen. Sofern ein Anbieter am neuen Recyclinghof Entgelte für die Entsorgung nehmen sollte und die Kosten des Recyclinghofes gedeckt sind, wird auf einen 4-Personen-Haushalt keine Erhöhung zukommen, sondern die Gebührenlast würde vielmehr sinken. Dies war auch Intention für den Verwaltungsvorschlag, das Thema zu diskutieren.
- zu Frage 4: Immer wieder kommt es – wegen der momentanen kostenfreien Entsorgungsmöglichkeit – zu so genanntem „Mülltourismus“. Bürger umliegender Kommunen laden ihren Müll umsonst auf unserem Recyclinghof ab. Die Wadersloher Bürger müssen das mit ihrem Geld bezahlen. Die Gemeinde wird belastet. Die Menschen in Wadersloh wissen das und reden darüber. Mit einer gerechten kostenpflichtigen Abgabemöglichkeit wäre auch dieser Missstand behoben. Es gibt jährlich etliche Beschwerden, wobei das Thema „Müllannahme“ eine große Rolle spielt. Einiger Müll wird am Recyclinghof nicht angenommen, was zu Unmut bei den Recyclinghofnutzern führt. Viele beschwerten sich über die schlechten Befüllungsmöglichkeiten. Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu Beschwerden und örtlichen Auseinandersetzungen im Bezug auf die Park- und Stellsituation im Krummen Weg / Eingangsbereich Recyclinghof. Auch kommt es immer wieder zu Beschwerden der Bürger, was die geringen Öffnungszeiten des Recyclinghofes angeht. Viele Nutzerinnen und Nutzer des Recyclinghofes wären auch bereit, ein Entgelt zu zahlen, wenn sie möglichst alles auf dem Recyclinghof entsorgen könnten.
- zu Frage 5: Die Laufzeit des Vertrages beträgt 20 Jahre. Der Vertrag ist in 1998 geschlossen worden und läuft somit noch 8 Jahre. Die Kapitalbindung beträgt 4.448,24 € pro Jahr, für 8 Jahre 35.585,91 €. Sollte die Gemeinde den Vertrag vorzeitig kündigen, so werden diese Kosten grundsätzlich fällig. Kündigt die Firma REMONDIS den Vertrag, so entfallen die Kosten.

Zusätzliche Anmerkung der Verwaltung:

Der Einbau einer Waage am neuen Recyclinghof, z. B. im Planungsvorschlag der Fa. Karc eingepplant, würde - vor dem Gerechtigkeitshintergrund – eine kg-genaue Abrechnung des Anlieferungsvolumens der Bürger ermöglichen, was bislang nicht möglich ist.

## **16 Berichte der Ausschüsse**

---

### **16.1 Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaft Nr. 3 am 05.05.2010**

---

Zu P. 10.5 „Umwelttheater“:

RM Spiegel wies darauf hin, dass sie zu diesem Punkt konkret angeregt habe, seitens der Verwaltung Informationen zum sogenannten „Lumbricus“ (Umweltbus der Natur- und Umweltschutz-Akademie Nordrhein-Westfalen) einzuholen.

#### **Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird sich um die Angelegenheit kümmern.

### **16.2 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 4 am 19.05.2010**

---

### **16.3 Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales Nr. 3 am 26.05.2010**

---

Fragen zu den Punkten 16.2 und 16.3 wurden nicht gestellt.

### **16.4 Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 5 am 31.05.2010**

---

Zu P. 13 „Kunstrasenplatz“ (BPA in gemeinsamer Sitzung mit dem UA und dem SKA):

RM Sadlau verlas in der Sitzung eine persönliche Erklärung zu der Protokollierung des P. 13 mit folgendem Wortlaut:

*„Auf Seite 19 ist der letzte Satz nicht korrekt. Meine Meinungsäußerung und Begründung für meine Ablehnung bei der Beschlussfassung wird hier nicht wiedergegeben.*

*Ich habe mich nicht der Auffassung von Frau Spiegel angeschlossen! Ich habe gegen den Beschlussvorschlag gestimmt, da ich die vorgelegten Unterlagen mit den Daten und Fakten zum Kunstrasenplatz nicht vollständig vor Beschlussfassung lesen und bewerten konnte. Auch konnte ich in der Sitzung nur Fragen zu dem Teil der vorgelegten Unterlagen stellen, die ich vor dem offiziellen Beginn der Beratung noch habe lesen können.*

*Ich habe beantragt, den Tagesordnungspunkt an die Fraktionen zu verweisen, um eine Möglichkeit zu haben, die neu vorgelegten Daten und Zahlen in der Fraktion zu beraten. Die Einladung vom Umweltausschuss, die nicht von mir, der Vorsitzenden, vorgenommen wurde, sah für diese Sitzung nur eine gemeinsame Information und Beratung vor.*

*Weiterhin habe ich während der Sitzung auch zu bedenken gegeben, dass ich ein Gesamtkonzept für die Sanierung und Erneuerung der Sportanlagen in der Gemeinde Wadersloh vermisste. In diesem Zusammenhang habe ich auch an die Anträge zur Errichtung einer Tartanbahn erinnert, die bisher aufgrund der hohen Kosten abgelehnt wurden. Ich habe hier dargestellt, dass ich Perspektiven für die anderen Sportabteilungen und Sportvereine vermisste.*

*Ich bitte Sie, das Protokoll dahingehend zu ändern.“*

BM Thegelkamp erläuterte, dass nach der geltenden Rechtslage eine Niederschrift nach erfolgter Unterzeichnung nicht berichtigt werden könne. Es gebe nur wenige Ausnahmefälle, wie z. B. offensichtliche Unrichtigkeiten bei Schreibfehlern, in denen nachträgliche Korrekturen vorgenommen werden können.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

---

**16.5      Hauptausschuss Nr. 6 am 23.06.2010**

---

Fragen zu diesem Punkt wurden nicht gestellt.

---

**17          Verschiedenes**

---

**17.1      Gesellschafterversammlung der WLE**

---

RM Bösl berichtete über die Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates/Beirates der WLE am 14.06.2010. Nach dem Ausstieg des Landschaftsverbandes werden die Kreise Soest und Warendorf und die Stadt Münster die Gesellschaftsanteile des LWL zu gleichen Anteilen übernehmen. Um die Zukunft und Fortführung der WLE sicher zu stellen, leistet der LWL weitere Zahlungen für die entfallende Verlustabdeckung für die Jahre 2009 - 2013.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

---

**17.2      Zusätzliche Ratssitzung am 30.08.2010  
zum Thema "Kernbereichsmanagement"**

---

BM Thegelkamp wies darauf hin, dass am 30.08.2010 um 17:00 Uhr eine zusätzliche Ratssitzung stattfindet. Auf mehrfachen Wunsch werden in dieser Sitzung Herr Lepping (Inhaber des Büros „TL KommunalDialog“ aus Borken) und Herr Becher (Wirtschaftsförderer der Verbandsgemeinde Betzdorf) zu dem wichtigen Thema „Kernbereichsmanagement“ referieren.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

### **17.3 Kühlgeräte-Container am Recyclinghof**

---

RM Sadlau teilte mit, dass die vorgeschriebene Abdeckung des Kühlgeräte-Containers am Recyclinghof nicht erfolge.

**Ergebnis:**

Die Verwaltung wird die Angelegenheit überprüfen.

### **17.4 Anlagen zur Niederschrift des HA Nr. 6 am 23.06.2010**

---

RM Spiegel machte darauf aufmerksam, dass die Anlagen zur Niederschrift der 6. Sitzung des Hauptausschusses am 23.06.2010 (Powerpoint-Vortrag zu TOP 12 - Errichtung eines Betriebes gewerblicher Art) zu groß kopiert seien. Sie bat die Verwaltung darum, zukünftig Anlagen zur Niederschrift in einer kompakten - aber dennoch gut lesbaren - Form zu erstellen, um Ressourcen zu sparen.

**Ergebnis:**

Die Verwaltung wird diese Anregung zukünftig beachten und umsetzen.

### **17.5 Finanzzwischenbericht**

---

Auf Nachfrage von RM K. Grothues bestätigte Herr Morfeld, dass der Finanzzwischenbericht der Gemeinde Wadersloh wie üblich nach der Sommerpause von der Verwaltung vorgelegt und beraten werde.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

### **17.6 Jahresabschluss 2009**

---

RM Driftmeier regte an, den Bericht zum Jahresabschluss zukünftig nicht mehr in Papierform zu erstellen, um Druck- bzw. Papierkosten sparen zu können. Alternativ könnte der Jahresabschluss allen Interessierten als pdf-Datei oder auf CD zur Verfügung gestellt werden. BM Thegelkamp begrüßte diesen Vorschlag und schlug ergänzend vor, den Jahresabschluss online im Ratsinformationssystem bereitzustellen. RM Bösl hielt eine Druckversion weiterhin für sinnvoll, insbesondere für die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses.

Die weitere Diskussion führte zu folgendem

**Ergebnis:**

Zukünftig wird der Jahresabschluss den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses in gedruckter Form zur Verfügung gestellt. Weitere gedruckte Exemplare werden Interessierten auf Anforderung übermittelt bzw. im Rathaus ausgelegt. Ergänzend wird der Jahresabschluss nach der endgültigen Beschlussfassung online über das Ratsinformationssystem bzw. wie bisher bereits auch als pdf-Datei auf der gemeindlichen Homepage bereitgestellt.

Ende des öffentlichen Teils: 19:12 Uhr

---

Christian Thegelkamp  
Bürgermeister

---

Helmut Hoffmeister  
Schriftführer